

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Gesine Löttsch, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun Bluhm, Jörg Cezanne, Kerstin Kassner, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Victor Perli, Ingrid Remmers, Andreas Wagner, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Pflanzenschutzmittel im Wald und mögliche Problemlösungen

Um den einheimischen Wald ist es zurzeit nicht gut bestellt. Extremwetterereignisse wie Stürme bis zu Orkanstärke und der Dürresommer 2018 haben in vielen Regionen dem Wald massiv geschadet. Zeitgleich kommt den Wäldern eine große Bedeutung für Klimaschutz, Biodiversität, Kultur und Erholung zu. Im Jahr entlasten unsere Wälder die Atmosphäre um mehr als 50 Millionen Tonnen CO₂ (Dritte Bundeswaldinventur „Der Wald in Deutschland“, 18. April 2019). Das Waldökosystem und diese CO₂-Senke sind jedoch in Gefahr. Im Jahr 2018 fielen durch extreme Trockenheit und Forstschädlinge gut 30 Millionen Kubikmeter Schadholz an, was in etwa der Hälfte des jährlichen Holzeinschlags entspricht (Pressemittelung Julia Klöckner „Die Schäden im Wald sind besorgniserregend“, Nr. 65, 21. März 2019). Dieses Totholz sowie die geschwächten Bäume tragen zum Risiko von Massenvermehrungen von Forstschädlingen (sogenannte Kalamitäten) bei, das aufgrund fehlender Arten- und Altersvielfalt in vielen Wirtschaftswäldern ohnehin höher ist als in natürlichen Waldgemeinschaften. Auf lange Sicht kann nach Ansicht der Fragesteller nur ein Waldumbau hin zu einer naturgemäßen Waldbewirtschaftung Abhilfe schaffen. Dieser Waldumbau muss vorangetrieben und massiv unterstützt werden, wird aber auch dann erst mittel- bis langfristig das Risiko von Großschadenslagen deutlich senken.

Bis dahin wird im Einzelfall eine kurzfristige, lokale Behandlung mit Pflanzenschutzmitteln als notwendig geprüft werden. Aufgrund der seltenen und streng regulierten Anwendung von Pflanzenschutzmitteln in Wäldern gab es für Chemiekonzerne zuletzt wenig Anlass, in betriebliche Forschung auf diesem Gebiet zu investieren. Es stehen somit nur wenige zugelassene Wirkstoffe und Pflanzenschutzmittel zur Verfügung, deren Genehmigungen in absehbarer Zeit auslaufen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Pflanzenschutzmittel für welche Forstschädlinge sind nach Kenntnis der Bundesregierung gegenwärtig in Deutschland für den Einsatz im Wald zugelassen (bitte folgende Punkte einzeln und in tabellarischer Form aufschlüsseln)?
 - a) Seit wann gilt die Zulassung?
 - b) Wann läuft die Zulassung aus?
 - c) Wie häufig erfolgte in den Jahren 2010 bis 2018 deren Anwendung?
 - d) Wie groß waren die in Deutschland in den Jahren 2010 bis 2018 behandelten Flächen (bitte in Hektar und Bundesland angeben)?
 - e) Wie spezifisch ist die jeweilige Wirkung auf Zielorganismen (Insektenarten oder -gruppen)?
 - f) Welche spezifische Wirkung auf Nichtziel-Organismen (Insektenarten oder -gruppen und andere im Wald lebende Tiere) sind abzuwägen?
2. Welche alternativ gegen Forstschädlinge einsetzbaren chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel sind der Bundesregierung bekannt, wo in der EU zugelassen, wie beurteilt sie deren Wirkungsgrade, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
3. Welche alternativ gegen Forstschädlinge oder zur Vorbeugung einsetzbaren biologischen Pflanzenschutzmittel sind der Bundesregierung bekannt, wie beurteilt sie deren Wirkungsgrade, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus (bitte die einzelnen Pflanzenschutzmittel auflisten und ausführlich beurteilen)?
4. Welche alternativ gegen Forstschädlinge einsetzbaren biologischen, biotechnischen und physikalischen Maßnahmen sind der Bundesregierung bekannt?
Wie beurteilt die Bundesregierung deren Wirkungsgrade, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus?
5. Für welche Wirkstoffe bzw. Pflanzenschutzmittel inklusive Ausbringungsverfahren laufen seit wann Zulassungsverfahren, wann ist mit deren Abschluss zu rechnen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
6. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Nichtbekämpfung von Insektenkalamitäten aus Schutzgründen durch Insektizide in der Lieberoser Heide 2014 (Kiefernspinner) und im Kreis Elbe-Elster 2016 (Kiefernbuschhornblattwespe)?
Welche ökologischen und ökonomischen Auswirkungen haben sich für die dortigen Waldflächen ergeben?
7. Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem erhöhten Vorkommen von Forstschädlingen im Jahr 2019?
Mit welchen Mitteln kann darauf reagiert werden?
8. Welche Forschungsvorhaben zu Präventions- und Bekämpfungsstrategien gegen Kalamitäten wurden in den vergangenen zehn Jahren aus dem Bundeshaushalt in welchem Umfang finanziert und durch wen durchgeführt, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen?

Berlin, den 4. Juni 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion